



MORNING NEWS

4. Juni 2026

INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG	INDEX	SCHLUSS	VERÄNDERUNG net	%	VORTAG
DAX	24.795,94	-328,23	-1,31	25.124,17	DJ 30	50.687,07	-620,72	-1,21	51.307,79
MDAX	32.736,35	-211,45	-0,64	32.947,80	NASDAQ	30.571,24	-89,36	-0,29	30.660,60
TEC DAX	4.187,20	-72,68	-1,71	4.259,88	Nikkei 225	67.331,98	-1.070,15	-1,56	68.402,13
Euro Stoxx50	6.053,57	-54,28	-0,89	6.107,85	Hang Seng	25.276,02	-357,19	-1,39	25.633,21
Bund Future	125,63	0,04	0,03	125,59	Euro / US-\$	1,1609	0,00	0,10	1,1597
Gold in US-\$	4.480,19	45,38	1,02	4.434,81	Öl (Brent) US-\$	96,97	-0,84	-0,86	97,81
Bitcoin / US-\$	64.371,43	-543,22	-0,84	64.913,68	Ethereum / US-\$	1.804,43	25,19	1,42	1.779,24

Vorbörsliche Indikationen (07:00 Uhr)

INDEX	INDIKATION	ABSOLUTE VERÄNDERUNG (zum Schlusskurs Vortag)
DAX	24.758	-37
NASDAQ Future	30.499,50	-133,75

AKTIE	PARITÄT €	VERÄNDERUNG €	%	SCHLUSSKURS XETRA in €	SCHLUSSKURS NYSE in \$	VOLUMEN NYSE
SAP AG	155,63	-0,31	-0,00	155,94	180,67	2.634.697,00
Nokia OJ	14,41	-0,41	-0,03	14,83	16,73	148.764.205,00

Unternehmenstermine

UNTERNEHMEN	RIC	ANLASS	ZEIT	SCHÄTZUNG
DAX / MDAX		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		
Europäische Unternehmen		Heute keine wichtigen Unternehmenstermine		

Quelle: Bloomberg/dpa/AFX

Konjunkturtermine

LAND	INDIKATOR	MONAT	UHRZEIT	SCHÄTZUNG
EWU	Einzelhandelsumsatz (m/m)	April	11:00	-0,3% (-0,1%)
EWU	Einzelhandelsumsatz (y/y)	April	11:00	0,3% (1,2%)
USA	Produktivität ex agrar, final	Q1	14:30	0,4% (0,8%)
USA	Lohnstückkosten, final	Q1	14:30	2,4% (2,3%)
USA	Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe	Vorwoche	14:30	215.000 (215.000)

Quelle: Bloomberg

Wall Street Schlussbericht

VOLUMEN	GEHANDELTE AKTIEN (in Mrd.)	US-STAATSANLEIHEN	VERÄNDERUNG	RENDITE (Yield)
Volumen NYSE	1,42 (1,42)	10-jährige Bonds	-0,281	4,49%
Volumen NASDAQ	9,25 (9,65)	30-jährige Bonds	-0,359	4,99%

()=Vortag

Sorgen über eine Eskalation im Nahen Osten und steigende Ölpreise haben die Anleger an der Wall Street am Mittwoch zu Gewinnmitnahmen bewogen und die Rekordjagd vorerst beendet. Der Dow-Jones-Index der Standardwerte schloss 1,2 Prozent tiefer auf 50.687 Punkten. Der breiter gefasste S&P 500 gab 0,7 Prozent auf 7554 Zähler nach. Der Index der Technologiebörse Nasdaq verlor 0,9 Prozent auf 26.854 Punkte.

Neue Gefechte zwischen den USA und dem Iran stellten eine wackelige Feuerpause auf die Probe und trieben die Ölpreise an. Investoren befürchteten, dass ein anhaltender Konflikt und die anhaltende Schließung der Straße von Hormus die Inflation weiter anheizen könnten, sagte Bill Northey, Investmentdirektor bei U.S. Bank Wealth Management.



Dies **dämpfte die Hoffnungen auf Zinssenkungen der US-Notenbank** (Fed). Dem FedWatch-Tool der Börse CME zufolge preisen die Finanzmärkte nun eine Wahrscheinlichkeit von 41,1 Prozent für eine Zinserhöhung im Dezember ein, verglichen mit 9,1 Prozent vor einem Monat.

Der regionale Wirtschaftsbericht der Fed, das sogenannte **Beige Book**, zeigte zwar eine anziehende Konjunktur, wies jedoch auf die allgegenwärtigen Folgen der höheren Energiekosten hin. Der New Yorker Fed-Präsident John Williams erklärte, die Geldpolitik sei derzeit gut aufgestellt und müsse trotz der Inflationsrisiken nicht geändert werden.

Auf Unternehmensseite zählten der Finanz- und der Technologiesektor zu den größten Verlierern. Eine Ausnahme bildeten jedoch Werte rund um das Thema Künstliche Intelligenz (KI), die sich von den geopolitischen Risiken unbeeindruckt zeigten. Der **Halbleiterindex** legte um 1,4 Prozent zu. Aktien von Chipentwicklern wie **Marvell, Intel, Qualcomm** und **Sandisk** gewannen zwischen 3,7 und 6,7 Prozent. Auch **Meta** stach mit einem Plus von 4,2 Prozent hervor, während sechs der sieben Tech-Giganten Kursverluste verbuchten.

Unter Druck gerieten die Aktien von Vermögensverwaltern. Auslöser war die Entscheidung der Schweizer Partners Group, die Auszahlungen aus einem 8,6 Milliarden Dollar schweren Private-Equity-Fonds zu begrenzen. In der Folge fielen die Papiere von US-Konkurrenten wie **KKR, Blackstone, Blue Owl** und **Ares Management** um 3,9 bis 4,2 Prozent.

Zu den Gewinnern zählten hingegen die Energieaktien, die von den steigenden Ölpreisen profitierten. Für Aufsehen sorgte zudem **GameStop**: Die Papiere des Videospiehhändlers sprangen um sechs Prozent in die Höhe. Das Unternehmen hatte einen Anstieg des Quartalsumsatzes gemeldet und ein Aktienrückkaufprogramm im Volumen von zwei Milliarden Dollar angekündigt.

US Unternehmen

Kuba setzt wegen US-Sanktionen ab dem 6. Juni Transaktionen mit den Kreditkarten von **Visa** und **Mastercard** aus. Eine ausländische Bank, die bisher die Zahlungen abgewickelt habe, habe ihre Geschäftstätigkeit eingeschränkt, teilte die Zentralbank des Karibikstaates mit. Hintergrund sei ein am 1. Mai erlassenes Dekret der US-Regierung, das die Sanktionen für den Handel mit Kuba massiv ausweite. "Infolge dieser Entscheidung ist Kuba nicht in der Lage, Einnahmen aus dem Verkauf von Waren und Dienstleistungen über international anerkannte Karten wie Visa und Mastercard zu erzielen", erklärte die Notenbank (Reuters).

Der US-Chipkonzern **Broadcom** hat im zweiten Quartal die Umsatzerwartungen der Wall Street verfehlt und damit seine Anleger enttäuscht. Die Aktien des Unternehmens fielen im nachbörslichen Handel am Mittwoch um mehr als sieben Prozent. Der Umsatz lag bei 22,19 Milliarden Dollar, während Analysten mit 22,27 Milliarden Dollar gerechnet hatten. Als Grund dafür gilt der verschärfte Wettbewerb auf dem Markt für maßgeschneiderte Halbleiter. Für das laufende dritte Quartal zeigte sich Broadcom optimistischer und stellte einen Umsatz von rund 29,4 Milliarden Dollar in Aussicht. Dies übertrifft die durchschnittliche Schätzung der Analysten von 28,54 Milliarden Dollar, wie aus Daten der LSEG hervorgeht. Konzernchef Hock Tan verwies auf die starke Nachfrage nach KI-Chips. Im abgelaufenen Vierteljahr sei der Umsatz in diesem Bereich binnen Jahresfrist um 143 Prozent auf 10,8 Milliarden Dollar gestiegen. "Im dritten Quartal erwarten wir, dass der Halbleiterumsatz aus dem KI-Geschäft im Jahresvergleich um über 200 Prozent auf 16,0 Milliarden Dollar steigen wird", sagte Tan (Reuters).

Ein kräftiger Anstieg der Betriebskosten hat die Anleger des US-Cybersicherheitsunternehmens **CrowdStrike** am Mittwoch verschreckt. Die Aktie fiel nachbörslich um rund neun Prozent. Der Konzern hatte mitgeteilt, dass die Ausgaben im ersten Quartal wegen hoher Investitionen in Künstliche Intelligenz (KI) und Produktentwicklung um 15 Prozent auf 1,07 Milliarden Dollar gestiegen seien. Dies überschattete eine angehobene Jahresprognose sowie einen angekündigten Aktiensplit im Verhältnis vier zu eins. Für das laufende Geschäftsjahr rechnet CrowdStrike nun mit einem Umsatz zwischen 5,91 und 5,96 Milliarden Dollar sowie einem bereinigten Gewinn von 4,88 bis 4,96 Dollar je Aktie. Im abgelaufenen Quartal übertraf der Umsatz mit 1,39 Milliarden Dollar laut LSEG-Daten die Analystenschätzungen von 1,36

Milliarden Dollar. Bis zum Handelsschluss am Mittwoch hatte das Papier im bisherigen Jahresverlauf knapp 60 Prozent zugelegt (Reuters).

US-Präsident Donald Trump plant einem Insider zufolge, die **heimische Kohleindustrie** mit fast 700 Millionen Dollar zu unterstützen. Dafür wolle er auf den sogenannten Defense Production Act zurückgreifen, ein Gesetz zur nationalen Sicherheit aus der Zeit des Kalten Krieges, sagte ein Vertreter des Weißen Hauses. Trump könnte den Schritt am Donnerstag ankündigen. Mit den Mitteln sollen mehr als ein Dutzend Kohlekraftwerke modernisiert, ein großes Exportterminal an der Westküste gebaut und der Bau neuer Kraftwerke gefördert werden. Strom aus Kohle gilt als vergleichsweise besonders umweltschädlich. Die Nachrichtenagentur Bloomberg hatte zuerst über das Vorhaben berichtet. Von den 700 Millionen Dollar ist mehr als die Hälfte für die Modernisierung von 13 Kraftwerken vorgesehen. Weitere 185 Millionen Dollar sollen Unternehmensinvestitionen in Anlagen in den Bundesstaaten Alaska, Maryland und West Virginia bezuschussen. Für das geplante Exportterminal in Nordkalifornien seien 75 Millionen Dollar eingeplant. Die US-Regierung begründet ihre Energiepolitik unter anderem mit dem hohen Strombedarf für Rechenzentren für Künstliche Intelligenz (Reuters).

Marktmeldungen

Der Essener Baukonzern **Hochtief** steigt zum ersten Mal in den deutschen Leitindex **Dax** auf. Das Unternehmen verdrängt dort zum 22. Juni den Volkswagen-Großaktionär **Porsche SE**, der in den Nebenwerteindex MDax absteigt, wie die Deutsche-Börse-Tochter ISS Stoxx am Mittwoch im schweizerischen Zug mitteilte. Der Aufstieg von Hochtief war erwartet worden, als Abstiegs kandidat galt statt der Porsche SE lange auch der Online-Modehändler Zalando, der nun jedoch im Dax bleibt. In der für den Dax-Einzug relevanten Mai-Rangliste liegt die Hochtief-Aktie auf Platz 32, der ihr nach der "Fast Entry"-Regel den Aufstieg ermöglicht. Für die Lufthansa auf Platz 34 reichte es erneut knapp nicht, sie hätte Rang 33 gebraucht, um nach sechs Jahren in den Dax zurückzukehren. Die Porsche SE stürzte auf Platz 51 ab und lag damit einen Rang hinter Zalando. Im **MDax** gibt es neben der Porsche SE drei weitere Neulinge - die alle mit der Halbleiter-Industrie zu tun haben: Der auf die Halbleiterbranche spezialisierte Anlagenbauer **Suss Microtec** steigt ebenso aus dem SDax auf wie der Chip-Entwickler **Elmos Semiconductor** und **Siltronic**, ein Hersteller von Wafern (Siliziumscheiben) zur Halbleiter-Produktion. Elmos und Siltronic profitierten davon, dass sich der Streubesitz der Aktien durch Paketverkäufe der Großaktionäre vergrößert hat. Das Trio ersetzt im MDax den Arzneimittel-Versender **Redcare Pharmacy** ("Shop Apotheke"), den Außenwerber **Ströer** und den Gabelstapler-Hersteller **Jungheinrich**. Die drei steigen in den **SDax** ab, der zudem vier Aufsteiger aufnimmt und damit sieben neue Mitglieder bekommt. Während **LPKF Laser** und **Basler** Rückkehrer sind, bekommt der Kleinwerteindex auch Zuwachs von zwei Börsenneulingen: Der Rüstungszulieferer **Vincorion** und der österreichische Kupfer-Spezialist **Asta Energy Solutions** waren erst in diesem Jahr an die Frankfurter Börse gegangen. Aus dem SDax heraus fallen vier Werte, darunter zwei bekannte Namen: Der Fußball-Bundesligist **Borussia Dortmund** und der Fernseh-Konzern **ProSiebenSat.1**, dessen Aktien inzwischen zu mehr als drei Vierteln der italienischen MFE-Mediaforeurope gehören. Den Aufsteigern weichen müssen auch **Adesso** und die schwedische **Verve Group** (Reuters).

Deutschland ist erstmals mit einer Bewerbung für einen nichtständigen Sitz im **UN-Sicherheitsrat** gescheitert. Bei der geheimen Abstimmung in der Generalversammlung der Vereinten Nationen am Mittwoch in New York setzten sich Österreich und Portugal gegen die deutsche Bewerbung durch. Erforderlich für die Wahl war eine Zweidrittelmehrheit der 193 UN-Mitgliedstaaten. **Portugal** und **Österreich** ziehen damit für die Regionalgruppe "Westeuropäische und andere Staaten" für die Jahre 2027 und 2028 in das mächtigste Gremium der Vereinten Nationen ein (Reuters).

US-Präsident Donald Trump wird nach Angaben von Außenminister Marco Rubio am nächsten **Nato-Gipfel** im Juli in der Türkei teilnehmen. "Ich denke, das nächste Treffen zwischen der Nato und der Türkei im Juli ist wahrscheinlich das wichtigste Treffen in der Geschichte der Nato, denn es gibt hier einige Dinge, die geklärt und geregelt werden müssen", sagt Rubio vor Abgeordneten. "Der Präsident selbst wird daran teilnehmen", fügt er hinzu (Reuters).

Das **US-Repräsentantenhaus** hat sich gegen eine Fortführung des **Krieges gegen den Iran** unter Präsident Donald Trump ausgesprochen. Die von den Republikanern dominierte Kongresskammer verabschiedete am Mittwoch (Ortszeit) eine Resolution zur Begrenzung der präsidentialen Kriegsvollmachten mit 215 zu 208 Stimmen. Dabei stimmten vier Republikaner gemeinsam mit den Demokraten für die Maßnahme. Die Vorlage fordert Trump auf, die US-Truppen aus dem Iran abzuziehen, sofern der Kongress nicht offiziell den Krieg erklärt oder einen Militäreinsatz genehmigt. Das Votum gilt jedoch als symbolisch: Die Resolution müsste auch den Senat passieren, und es bräuchte Zweidrittelmehrheiten in beiden Kammern, um ein Veto des Präsidenten zu überstimmen. Zudem ist umstritten, ob solche Resolutionen überhaupt verfassungsgemäß sind (Reuters).

Der **iranische Außenminister** Abbas Aragtschi sagt in einem Interview mit dem libanesischen Sender Al Mayadeen, dass die **Kontakte zwischen Teheran und Washington** zwar nicht abgerissen seien, es jedoch **keine Fortschritte bei den Verhandlungen** gebe. Beide Seiten prüften derzeit ausgetauschte Entwürfe. Zudem warnt der Minister: Sollte Israel die libanesischen Hauptstadt Beirut angreifen, werde der Iran entschlossen reagieren (Reuters).

Im Nahen Osten haben sich **Israel** und der **Libanon** nach Angaben der US-Regierung auf die **Umsetzung einer Waffenruhe** geeinigt. Die Vereinbarung sei an die Bedingung geknüpft, dass die pro-iranische Hisbollah-Miliz ihre Angriffe vollständig einstelle und sich aus dem Gebiet südlich des Litani-Flusses zurückziehe, teilte das US-Außenministerium am Mittwoch nach Verhandlungen in Washington mit. **US-Präsident** Donald Trump stellte zudem rasche Fortschritte bei den Gesprächen über ein umfassenderes Abkommen mit dem **Iran** in Aussicht. "Wenn es passiert, könnte es am Wochenende passieren", sagte Trump im Weißen Haus, ohne weitere Details zu nennen. Die Einigung zwischen Israel und dem Libanon nährt die Hoffnung auf ein Ende des Krieges zwischen den USA, Israel und dem Iran (Reuters).

Die **USA** werden nach den Worten von US-Präsident Donald Trump im Rahmen eines derzeit diskutierten Abkommens die **iranischen Bestände an hochangereichertem Uran** übernehmen. "Wir werden es uns in nicht allzu ferner Zukunft holen", sagt Trump. Die Uran-Vorräte Teherans sind ein Hauptstreitpunkt in den Verhandlungen (Reuters).

Einige der wichtigsten **europäischen Verbündeten** der **Ukraine** arbeiten einem Medienbericht zufolge gemeinsam mit der Regierung in Kiew an Plänen, um **Russland** in Verhandlungen zur Beendigung des Krieges einzubinden. Vertreter aus Deutschland, Frankreich und Großbritannien erörtern demnach die Möglichkeit von Gesprächen und tauschen sich darüber mit der ukrainischen Seite aus, meldet die Nachrichtenagentur *Bloomberg* unter Berufung auf Insider.

Bei einem **ukrainischen Angriff** auf die Stadt **Simferopol** auf der von Russland annektierten Halbinsel Krim wurden nach russischen Angaben drei Menschen getötet und sieben weitere verletzt. Dies teilt der von Moskau eingesetzte Gouverneur Sergej Aksjonow auf dem Kurznachrichtendienst Telegram mit. Um welche Art von Angriff es sich handelte, ließ er offen (Reuters).

Taiwan hat **China** am Donnerstag anlässlich des 37. Jahrestags der Niederschlagung der Proteste auf dem Tiananmen-Platz zur Aufarbeitung der Ereignisse aufgerufen. Er hoffe aufrichtig, dass sich China dem Vorfall vom 4. Juni vor 37 Jahren stelle, die Wahrheit anerkenne, den Schmerz lindere und die Tür für Versöhnung und Dialog öffne, erklärte der taiwanische Präsident Lai Ching-te. US-Außenminister Marco Rubio ehrte zudem die Opfer und erklärte, die Zensur der Regierung in Peking könne die Erinnerung an den Militäreinsatz nicht auslöschen. Stellungnahmen der chinesischen Regierung lagen zunächst nicht vor (Reuters).

Automobile / Zulieferer

Volkswagen-Chef Oliver Blume spricht sich angesichts der **zunehmenden Konkurrenz aus China** für **strengere "Made in Europe"-Regeln** aus. Er wolle nicht über Protektionismus sprechen, sagte Blume am Mittwoch in Spanien anlässlich des Produktionsstarts des elektrischen Polo. "Ich denke, wir sollten eher über eine europäische Interessenpolitik reden, wie sie in anderen Regionen der Welt auch verfolgt wird." Jeder, der in Europa Geschäfte machen wolle, solle auch hier



investieren. Der erste Schritt seien Montagewerke, gefolgt von Entwicklungsleistungen und dem Bau von Komponenten. "Am Ende ist es wichtig, ein einheitliches Spielfeld zu bekommen." (Reuters).

Der japanische Autobauer **Nissan** tritt einen Teil seines Werks im britischen Sunderland an den chinesischen Hersteller **Chery** ab. Die beiden Unternehmen hätten eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet, teilten sie am Mittwoch mit. Demnach bleibt das Werk im Besitz von Nissan. Ab dem kommenden Geschäftsjahr sollen auf einer Fertigungslinie jedoch Fahrzeuge von Chery für den britischen Markt gebaut werden. Die zweite Fertigungslinie werde weiterhin von Nissan genutzt (Reuters).

Banken

Die **Commerzbank** hat bei der Finanzaufsicht **Bafin** Bedenken wegen des Standes des Übernahmeangebots der **Unicredit** für das Frankfurter Institut angemeldet. Die im Rahmen der zurzeit laufenden Offerte an alle Commerzbank-Aktionäre angedienten Aktien könnten "zu einem wesentlichen Teil von Marktteilnehmern stammen, die zugleich Gegenparteien für Derivate mit der UniCredit sind", schrieb das Institut in einer Mitarbeitermitteilung, die der Nachrichtenagentur *Reuters* vorlag. "Daher analysieren und beobachten wir diesen Vorgang sehr genau und stehen dazu auch in Kontakt mit der BaFin." Von der BaFin war keine Stellungnahme erhältlich. Unicredit teilte mit: "Wir kommentieren keine Marktgerüchte und Unterstellungen, die jeder sachlichen Grundlage entbehren."

Öl & Gas

OMV begibt neue unbefristete, nachrangige **Hybridschuldverschreibungen** mit einem Volumen von 750 Millionen Euro. Die Papiere haben keinen Endfälligkeitstag und werden bis zum 10. Dezember 2032 mit einem festen Zinssatz von 4,375 Prozent pro Jahr verzinst (bloomberg).

Technologie

Der weltgrößte Chip-Auftragsfertiger **TSMC** blickt eigenen Aussagen zufolge dank der anhaltend hohen Nachfrage durch den **Boom bei Künstlicher Intelligenz** (KI) optimistisch in die Zukunft. Konzernchef C.C. Wei zeigte sich am Donnerstag auf der Hauptversammlung im taiwanischen Hsinchu zuversichtlich für das Wachstum in den kommenden Jahren. Die Kunden und deren Abnehmer, insbesondere Cloud-Anbieter, hätten weiterhin einen positiven Ausblick für die KI-Branche. Der zunehmende Einsatz von KI-Modellen bei Verbrauchern, Unternehmen und Staaten sowie der Übergang von generativer KI zu sogenannten Agenten-KI-Systemen erhöhe den Bedarf an Rechenleistung und hochmodernen Halbleitern, erklärte Wei. Um die starke Nachfrage zu bedienen, baue das Unternehmen zudem seine Kapazitäten bei ausgereiften Chip-Technologien aus. Dazu zählten Werke in Japan für Bildsensoren sowie in Deutschland für die Auto- und Industriebranche (Reuters).



STEU BING AG
WERTPAPIERHANDELSBANK



FAROS Private Markets Database

Die kostenlose Datenbank für institutionelle Investoren

privatemarkets.faros-consulting.de

Kontakt

Wolfgang Steubing AG
Wertpapierdienstleister
Goethestraße 29
60313 Frankfurt a. M.
T +49 69 29716 0
F +49 69 29716 111
info@steubing.com
www.steubing.com

Morning News

Alexander Dietzer
T +49 69 29716 149
alexander.dietzer@steubing.com

Institutionelle Kundenbetreuung

Michael Heidn
T +49 69 29716 131
michael.heidn@steubing.com

Haftungsausschuss

Die beigefügten Presseauszüge spiegeln Informationen und Meinungen der jeweiligen Analysten und Redaktionen wider. Neben den Presseauszügen enthält dieses Dokument Informationen, die durch die Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister, nachfolgend Steubing AG, erarbeitet wurden. Obwohl die Steubing AG sämtliche Angaben und Quellen für verlässlich hält, kann für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der enthaltenen Informationen keine Haftung übernommen werden. Insbesondere wird für Irrtum und versehentliche unrichtige Wiedergabe, insbesondere in Bezug auf Kurse und andere Zahlenangaben, jegliche Haftung ausgeschlossen. Die Steubing AG übernimmt keine Verpflichtung zur Richtigstellung etwa unzutreffender, unvollständiger oder überholter Informationen.

Dieses Dokument dient lediglich der Information. Auf keinen Fall enthält es Angebote, Aufforderungen oder Empfehlungen zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder anderen Finanzinstrumenten. Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen stellen keine „Finanzanalyse“ im Sinne des Wertpapierhandelsgesetzes dar und genügen auch nicht den gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit der Finanzanalyse und unterliegen keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Finanzanalysen. Sie können insbesondere von den von Steubing AG veröffentlichten Analysen von Finanzinstrumenten und ihrer Emittenten (Research) abweichen. Bevor Sie eine Anlageentscheidung treffen, sollten Sie Ihren Anlageberater konsultieren.

Die Informationen in diesem Dokument richten sich ausschließlich an institutionelle Investoren und professionelle Marktteilnehmer; es ist nicht für die Verbreitung an Privatpersonen geeignet. Dieses Dokument ist entsprechend des deutschen Aufsichtsrechts erstellt worden und wird von der Steubing AG nach Maßgabe dieser Vorschriften übermittelt. Ausländische Rechtsordnungen können die Verbreitung dieses Dokuments beschränken. Eine Weitergabe oder Verbreitung dieses Dokuments ist daher nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung der Steubing AG gestattet.

Die Steubing AG, die dieses Dokument verbreitet, unterliegt der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Deutschland.

© 2026 Wolfgang Steubing AG Wertpapierdienstleister. Alle Rechte vorbehalten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
Graurheindorferstraße 108
D-53117 Bonn

und

Marie-Curie-Str. 24-28
D-60439 Frankfurt

